

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU  
und Dr. Robert TILLMANNNS, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 4

Bonn - im Juni 1953

### I N H A L T

#### DER RUF ZUR MITARBEIT

2. Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU..... S. 1  
Die EntschlieÙungen..... S. 7

#### WIE IST EINE ZUSAMMENARBEIT VON MITGLIEDERN DER EVANGELISCHEN UND DER KATHOLISCHEN KIRCHE IN DER POLITIK MÖGLICH?

- von Probst D. Asmussen DD..... S. 10

#### UNS WIRD GESCHRIEBEN

- Die Flüchtlingsjugend aus der Sowjetzone  
- eine evangelische Verantwortung..... S. 13

#### DER RUF ZUR MITARBEIT

##### 2. Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Die diesjährige Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 5. - 7. Juni in Hannover stand im Zeichen einer weiteren Aktivierung der evangelischen Christen im politischen Raum. Nachdrücklich rief sie den gesamten evangelischen Volksteil erneut aus seiner politischen Gleichgültigkeit heraus. Zahlreichen Wünschen aus unserem Leserkreis entsprechend bringen wir im folgenden einen ausführlichen Überblick über Verlauf und Ergebnisse dieser Tagung.

Der im März 1952 in Siegen gegründete Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat durch seine 2. Tagung vom 5. - 7. Juni ds. Js. in Hannover von neuem den Nachweis nicht nur seiner Notwendigkeit, sondern auch seiner starken inneren Lebendigkeit und Regsamkeit erbracht. Was in Siegen in der damals grundlegenden EntschlieÙung „Deutsche Politik im geteilten Deutschland“ erarbeitet und in straffer gedanklicher Gliederung als Stellungnahme verantwortungsbewußter evangelischer Christen in der CDU/CSU der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, ist zum Ausgangspunkt einer nunmehr auch in die Breite wirkenden Arbeit gemacht worden. Überall in den Landesverbänden der CDU/CSU haben sich evangelische Männer und Frauen zusammengefunden, nicht um sich von ihren katholischen Freunden abzusondern, sondern um die Grundlagen gemeinsamer politischer

Arbeit zu vertiefen und sie für weite evangelische Kreise erst lebendig zu machen. Das Ergebnis der bisherigen Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises, der seit März ds. Js. in der „Evangelischen Verantwortung“ über ein eigenes Verbindungsorgan verfügt, wurde auf der Tagung von Hannover in einem Umfange und in einer Intensität geistig und politisch sichtbar, die selbst die Begründer dieser Arbeit freudig überrascht haben.

#### Teilnehmerkreis

Über 400 Männer und Frauen des evangelischen Lebens, darunter Delegierte aus allen Landesverbänden der CDU und eine große Gruppe der CSU, hatten sich unter dem Vorsitz von Bundestagspräsident Oberkirchenrat D. Dr. Hermann Ehlers in den dankenswerterweise vom Niedersächsischen Landtag zur Verfügung gestellten Räumen der Stadthalle zusammengefunden. Neben führenden Persönlichkeiten aus der Parteileitung und zahlreichen Abgeordneten des Bundestages und der Landtage aus dem gesamten Bundesgebiet waren u. a. auch Bundesinnenminister Dr. Lehr, die Staatsminister Dr. Sträter und Dr. Schmidt aus Nordrhein-Westfalen, die Staatsminister a. D. Simpfendorfer, Stuttgart, und Dr. Strickrodt, Darmstadt, Staatssekretär Dr. Strauss vom Bundesjustizministerium sowie andere Vertreter der Ministerien und Behörden zugegen, dazu Männer und Frauen des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Aus dem kirchlichen Bereich waren zahlreiche namhafte Persönlichkeiten, Geistliche, vor allem auch jüngere Theologen, Vertreter der evangelischen Sozialarbeit und der evangelischen Akademien erschienen. Aus dem akademischen Leben beteiligten sich Professoren und Studenten, darunter viele Mitglieder des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Die Presse bewies durch Anwesenheit zahlreicher Journalisten, vornehmlich auch der evangelisch-kirchlichen Publikationen, ihr starkes Interesse. Mit besonderer Freude wurde die Anwesenheit des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lübke, des Bundesgeschäftsführers der CDU, Dr. Heck, und des Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Jungen Union, Majonica, begrüßt, die mit einer Anzahl weiterer katholischer Parteifreunde an der Tagung teilnahmen.

Wer den Wunsch hat, die persönliche Fühlungnahme, die sich auf dieser Tagung ergab, weiter zu pflegen oder als Bezieher der „Evangelischen Verantwortung“ die Verbindung mit Tagungsteilnehmern aufzunehmen, kann ein Teilnehmerverzeichnis bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Bonn, Görresstr. 40 (Ruf: 21131), anfordern. Gerade in den kommenden Wochen vor den Wahlen wird sich die Notwendigkeit eines regen Meinungs-austausches und einer ernsthaften Inanspruchnahme des geistigen Rüstzeuges unseres Arbeitskreises zwingend ergeben.

#### Grußworte

Aus den vielen der Tagung übermittelten Grußworten verdienen drei, besonders hervorgehoben zu werden.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer schrieb:

„Ich bedaure es sehr, daß es mir in diesem Jahre nicht möglich ist, meinem Vorhaben entsprechend die Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zu besuchen. Dringende Arbeiten halten mich in Bonn fest. Ich bitte Sie deshalb, allen Parteifreunden und Gästen meine herzlichsten Grüße zu übermitteln.“

Die große und eindrucksvolle Versammlung des Arbeitskreises im vergangenen Jahre in Siegen hat aller Welt das unerschütterliche Zusammenstehen der beiden christlichen Konfessionen in der Union gezeigt. Angesichts der unser Volk und das gesamte christliche Abendland bedrohenden Gefahren müssen evangelische und katholische Christen zu vollem Einsatz bereit sein. „Deutschland in Frieden und Freiheit in einem von christlichem Geist getragenen vereinten Europa“ ist unsere Losung. Die Bundestagswahl 1953 ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel. Ich rufe daher alle evangelischen Wähler auf, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen.“

Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr stellte der Presse nachstehende Zeilen zur Verfügung:

„Wenn vom 5. - 7. Juni 1953 in Hannover eine Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU stattfindet, so handelt es sich um ein innenpolitisch außerordentlich wichtiges Ereignis. In diesem Arbeitskreis haben sich die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU zusammengeschlossen. Bereits im März vorigen Jahres fand die erste größere Delegiertentagung des Arbeitskreises in Siegen statt. Auf ihr wurden Beschlüsse gefaßt, die z. B. - und dies ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt - das kulturpolitische Programm der CDU sehr wesentlich beeinflußt haben. Seither ist der Zusammenhalt der evangelischen Christen in der CDU/CSU im engsten Einvernehmen mit den katholischen Teilen der Union laufend gewachsen. Seit einigen Monaten erscheint als eigenes Informationsblatt die „Evangelische Verantwortung“, und es entstehen im Rahmen der Gesamtpartei überall in den Landes- und Kreisverbänden, sowie teilweise auch schon auf örtlicher Ebene evangelische Arbeitsgemeinschaften. Dabei ist das Bemerkenswerteste an dieser Entwicklung, daß nicht nur wir evangelischen Mitglieder der CDU sie fördern, sondern daß auch unsere katholischen Parteifreunde überall im Lande diese Evangelischen Arbeitskreise begrüßen, weil sich bereits jetzt gezeigt hat, wie befruchtend eine echte politische Zusammenarbeit beider Konfessionen wirkt. Wir alle wissen sehr genau, wie verhängnisvoll der politische Streit der Konfessionen in der deutschen Geschichte gewesen ist, und wir halten es für eine der größten Hoffnungen auf eine fruchtbare politische Entwicklung im Herzen Europas, daß bewußt religiös eingestellte Angehörige beider Konfessionen zu einer politischen Zusammenarbeit gelangt sind. Ich bekenne als überzeugter Protestant, einer der Mitbegründer der CDU zu sein, und ich kann Ihnen versichern, daß das Gerede von der ‚katholischen Partei‘ nichts weiter ist als ein groß angelegter Versuch, die politische Zusammenarbeit der Angehörigen beider Konfessionen zu verhindern.“

Eines allerdings möchte ich den evangelischen Christen landauf, landab laut und eindringlich sagen: Im politischen Raum wird nur der gehört, der sich für seine Sache auch wirklich einsetzt. Nicht schimpfen gilt, sondern besser machen, nicht beiseite stehen, sondern mitarbeiten und Gleichgesinnte um sich sammeln. Wir, die wir im politischen Tageskampf unter gewiß nicht leichten Bedingungen stehen, wünschen uns, daß unter den Protestanten mehr auf klarer religiöser Grundhaltung basierende staatskonstruktive politische Aktivität vorhanden wäre. Dies ist eine sehr ernste Frage, und es lohnt sich, darüber nachzudenken.“

Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Ludwig Ehrhard sandte folgendes Fernschreiben:

„Es war ein Gebot der Stunde, als sich die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU im vergangenen Frühjahr erstmalig zu einer Arbeitstagung zusammenfanden.“

Das Programm der diesjährigen Veranstaltung zeigt, daß inzwischen die Arbeit und die Beziehungen zueinander vertieft werden konnten. Infolgedessen kommt der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in diesem Jahre eine besondere Bedeutung zu.

Ein großes Maß an Verantwortung für das künftige politische Geschehen entfällt auf die evangelische Bevölkerung der Bundesrepublik. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat erstmalig den evangelischen Teil unseres Volkes aus seiner resignierenden Reserve und Zurückhaltung gerissen und ihm das Bewußtsein politischer Bedeutung gegeben.

Ich wünsche, daß dieser Tagung ein voller Erfolg beschieden sein möge, und daß sie mit- hilft, uns einen Schritt vorwärts zu bringen auf dem Wege zur Einheit unseres Vaterlandes.“

## Verlauf der Tagung

Am Anfang der Tagung stand eine stark besuchte Pressekonferenz, die mit zahlreichen Fragen und ihrer Beantwortung durch D. Dr. Ehlers wesentlich zur Klärung der Aufgaben und Ziele des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in einer breiteren Öffentlichkeit beigetragen hat. Die publizistische Auswirkung war erfreulich. Auch der Rundfunk hat in seinen Nachrichtensendungen und in einem NWDR-Interview mit D. Dr. Ehlers, das Hans Wendt durchführte, der Bedeutung der Tagung Rechnung getragen.

Nach einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitskreises führte das zwanglose Beisammensein der Tagungsteilnehmer am Freitagabend zu reger persönlicher Fühlungnahme und Aussprache.

Die Tagung selbst setzte sich zum Ziel, was Bundestagspräsident D. Dr. Hermann Ehlers kurz zuvor in einem Artikel für den „Deutschland-Union-Dienst“ folgendermaßen gekennzeichnet hatte:

„Der Evangelische Arbeitskreis hat die besondere Aufgabe, evangelische Menschen in die gemeinsame Verantwortung zu rufen. Er stößt immer wieder auf die Erfahrung, daß von evangelischen Christen zwar sehr viel an der Christlich-Demokratischen Union und an der angeblichen Vorherrschaft katholischer Interessen in ihr kritisiert wird, daß diese evangelischen Christen aber nicht bereit sind, eine unmittelbare politische Verantwortung wahrzunehmen und sich in die Arbeit einer Partei hineinzustellen. Wir können nicht erwarten, daß der evangelische Anteil an der politischen Verantwortung der CDU größer ist, als die Auswirkung der tatsächlichen evangelischen Mitarbeit in der CDU.“

Zur Durchführung dieser Aufgabe traten am Sonnabend, dem 6. Juni, die Tagungsteilnehmer zunächst zu einer gemeinsamen Sitzung mit einführenden Kurzreferaten zu den Themen der vier Arbeitsgruppen der Tagung zusammen. Die Leiter dieser Gruppen umrissen in knappen und grundlegenden Ausführungen ihr besonderes Arbeitsgebiet (Regierungsdirektor Hellmut Lauffs, Düsseldorf: „Evangelische Kulturpolitik“; Dr. Robert Tillmanns, MdB, Berlin: „Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa“; Oberkirchenrat D. Dr. Hermann Ehlers, Bonn: „Das Verhältnis von politischen Parteien und Kirche“; Dipl. Kaufmann Johannes Kunze, MdB, Bethel bei Bielefeld: „Christlicher Realismus in der Sozial- und Wirtschaftspolitik“).

Anschließend begann die Arbeit in den einzelnen Gruppen, die bis in die Abendstunden dauerte.

Der Sonntag vereinigte in der Kreuzkirche alle Tagungsteilnehmer zu einem gemeinsamen Gottesdienst, in dessen Mittelpunkt eine Predigt von Oberkirchenrat Adolf Cillien, dem Landesvorsitzenden der CDU Niedersachsens, stand. Nach dem Gottesdienst setzten die Arbeitsgruppen ihre Aussprache fort und faßten die Ergebnisse in Entschlüssen zusammen, die später der gemeinsamen Schlußsitzung der Tagungsteilnehmer vorgelegt und einstimmig angenommen wurden. Wir geben sie im Anschluß an diesen Bericht im Wortlaut wieder.

Eine große öffentliche Kundgebung in der Niedersachsenhalle schloß am Sonntagnachmittag die Tagung ab. Auf ihr sprachen unter starkem Beifall Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke, Kiel, Staatsminister a. D. Wilhelm Simpfendörfer, Stuttgart und Bundestagspräsident Oberkirchenrat D. Dr. Hermann Ehlers.

### Gehalt und Ergebnis der Tagung

Als wesentlicher Eindruck ergab sich eine Dichte der geistigen Atmosphäre, die an keiner Stelle in der Auseinandersetzung als Selbstzweck stecken blieb, sondern zu echter Klärung drängte. Der im deutschen Leben und innerhalb der parlamentarischen Sphäre so seltene Fall einer wirklichen Diskussion, deren Teilnehmer aus eigenem Erleben zur Erörterung beitrugen, und eine hierbei fruchtbar werdende Spannung im Meinungsbereich gaben der Tagung das Gepräge. Nicht daß innerhalb der 4 Themenkreise etwa Gegensätze in der Grundauffassung der CDU/CSU zutage getreten wären, aber überall suchte man sich über die Natur und die Lösungsmöglichkeiten von politischen Gegensätzen und Fragestellungen im evangelischen Leben klar zu werden und gültige Aussagen zu finden. Die Offenheit und Deutlichkeit der Erörterung ließen nichts zu wünschen übrig.

Es lag schon in der Art, wie die Diskussionsleiter bei der Rahmgestaltung und in der Diskussionsführung die eigentlichen Fragestellungen angingen und an keiner Stelle auswichen, wo sich Schwierigkeiten zeigten, daß in Hannover – ganz ähnlich wie in Siegen – ein politisches Ergebnis erzielt wurde. Denn um möglichst schnelle Umsetzung von sachlicher Klärung in politische Wirkung durch Konfrontierung politischer Vorstellungen mit der Wirklichkeit ging es bei dieser Tagung; sie brachte eine in präzise Formulierungen mündende Fortsetzung der Siegener Gründungsaussprache. Im Ganzen ließ sich feststellen, daß sich gegenüber dem Vorjahre, durch den Gang der Ereignisse und sicherlich auch durch die planvolle Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises hervorgerufen, eine noch gefestigtere und zuversichtlichere Stimmung bemerkbar machte.

Mit aller Offenheit wies D. Dr. Ehlers auf die schwachen Punkte der evangelischen Position hin, die sich strukturell und aus dem Mangel an politischer Tradition gegenüber der katholischen Position ergeben. Während der Katholik durch seine Kirche klare und oft bis ins einzelne gehende Weisungen für sein Verhalten auch im öffentlichen Leben erhält, nimmt dem Protestanten niemand die persönliche Entscheidung ab. Was er aber von seiner Kirche erwarten kann, sind Mahnung und Weisung im Grundsätzlichen. Und vom Träger des kirchlichen Amtes darf er, bei aller Würdigung der gebotenen Zurückhaltung, verlangen, daß er sich persönlich unterrichtet und Stellung bezieht. In Hannover kam diese Forderung klar zum Ausdruck, ebenso aber auch die Mahnung, eine persönliche Stellungnahme nicht als verbindliche Entscheidung der Kirche erscheinen zu lassen.

Wenn in der CDU/CSU die katholischen Kräfte häufig stärker sichtbar werden als die evangelischen, so liegt das – wie während der Tagung mehrfach betont wurde – zumeist an den Evangelischen selbst. Sie halten sich der Politik gegenüber allzusehr zurück und entziehen sich, wie an Einzelbeispielen dargelegt werden konnte, einem an sie gerichteten

ten Auftrag im öffentlichen Leben. Hier liegt die Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises: eine Auflockerung herbeizuführen und die entgegenstehenden Hemmungen zu beseitigen. Besonderer Wert wird aber andererseits – und das wurde mit allem Nachdruck hervorgehoben – darauf gelegt, daß die im öffentlichen Leben stehenden evangelischen Christen auch ihre Pflichten im kirchlichen Bereich erfüllen, vom Gottesdienst angefangen. Hier liegt, wenigstens zum Teil, der Grund für die betonte Zurückhaltung kirchlicher Amtsträger gegenüber der Politik und leider in besonderem Maße gegenüber der CDU/CSU als Partei aus christlicher Verantwortung.

Das unter dem Vorsitz von Dr. Tillmanns geführte Gespräch über den Neutralismus ergab bei ernsthafter, eindringlicher und umfassender Erörterung des umfangreichen Stoffgebietes unter Berücksichtigung aller wesentlichen politischen, psychologischen und auch historischen Gesichtspunkte, daß diese Geisteshaltung – besonders gekennzeichnet durch den Namen Heinemann – eine lebensgefährliche Verkennung der Wirklichkeit bedeutet. Jedem Diskussionsteilnehmer wurde klar, daß eine Gewaltlosigkeit nur möglich ist, solange die Söhne der freien Völker die Waffen für uns tragen, und daß ein solcher Zustand weder politisch noch sittlich zu rechtfertigen ist. Die unsachliche Verschiebung christlicher Argumente in einer sachlich zu führenden Auseinandersetzung fand scharfe Verurteilung. Die hier gefaßte EntschlieÙung kann auf der Linie der Siegerner Beschlüsse eine wichtige Waffe in dieser wenig erfreulichen Auseinandersetzung werden.

In ähnlicher Weise fanden die Arbeitsgruppe „Evangelische Kulturpolitik“ mit ihrer Betonung des Menschen und seiner persönlichen Verantwortung gegenüber allen über- und unpersönlichen Institutionen und die Gruppe für Sozial- und Wirtschaftspolitik mit der Herausarbeitung eines echten christlichen Realismus klare und für die politische Auseinandersetzung wertvolle Formulierungen. Die letztere Gruppe kam bei dem umfangreichen Material noch nicht zu einem endgültigen Abschluß und wird ihre Arbeit in nächster Zeit fortsetzen. Dann wird auch die entsprechende EntschlieÙung ihre Formulierung finden. Der EntschlieÙungsentwurf einer Untergruppe zur Flüchtlingsfrage wurde als Angelegenheit der Gesamtpartei zuständigkeitshalber dem Geschäftsführenden Vorstand der CDU überwiesen.

Bewußt wurde in Hannover von längeren Vorträgen und Referaten abgesehen und das Schwergewicht auf die Diskussion und die Formulierung der Arbeitsergebnisse verlegt. Mit Genugtuung kann zusammenfassend gesagt werden, daß die von D. Dr. Ehlers kürzlich aufgestellten Forderungen an die evangelischen Christen in den umfassenden und sachlich-straften Diskussionen (über 50 Sprecher allein in der Arbeitsgruppe „Parteien und Kirche“!) und in den der Öffentlichkeit vorgelegten EntschlieÙungen konkreten Niederschlag gefunden haben. Diese Forderungen lauten:

1. sich zu einer nüchternen Betrachtung politischer Fragen zu bequemen und sich nicht von Illusionen und Ressentiments bestimmen zu lassen;
2. zu erkennen, daß eine protestantische Farblosigkeit keine Grundlage einer politischen Haltung ist;
3. von der Meinung Abschied zu nehmen, man könne politische, wirtschaftliche und kul-

turelle Fragen nach irgendwelchen säkularen Gesichtspunkten entscheiden und dabei davon abzusehen, daß man Christ ist;

4. zu begreifen, daß das Einzige, was im politischen Leben weiter hilft, tatsächliche Mitarbeit und nicht negative Kritik aus der Ferne ist.

An den evangelischen Volksteil erging in diesem Sinne von Hannover erneut der dringende Ruf, aus der Reserve gegenüber den politischen Dingen herauszutreten und damit der echten Zusammenarbeit der Christen beider Konfessionen in der CDU/CSU ihr Gleichgewicht und ihren eigentlichen Sinn zu geben. Die starke und interessierte Beteiligung der evangelischen Christen mit politischem Auftrag aus allen Teilen des Bundesgebietes bietet die Gewähr, daß die Gedanken und Impulse der Tagung in zunehmendem Maße überall ihre Wirkung haben werden.

Die katholischen Parteifreunde, die bisher einen unbestrittenen Vorsprung haben, werden diese Entwicklung mit Freude begrüßen. Zumal auch in Hannover eindeutig betont wurde, daß in der erprobten Zusammenarbeit, einem hohen Ziele deutscher Politik, jede Verwischung oder Verharmlosung der konfessionellen Unterschiede abgelehnt wird.

#### Die Entschlüsse

##### I.

(zum Thema: „Evangelische Kulturpolitik“)

1. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU beobachtet mit Empörung die Christenverfolgung in der sowjetisch besetzten Zone, die das, was wir in der Nazizeit erlebt haben, noch weit hinter sich läßt. Jeder muß jetzt erkennen, wohin der Totalitätsanspruch des Staates, insbesondere auf dem Gebiet der Kulturpolitik, nicht zuletzt in der Schule, führt. Wir lehnen jeden Totalitätsanspruch ab und bestreiten ganz besonders, daß das Erziehen und Lehren ein ursprüngliches staatliches Hoheitsrecht sei. Der Staat ist nicht Herr der Schule, sondern soll mit den ihm gemäßen Mitteln der Schule dienen.
2. Im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen als evangelische Politiker steht der Mensch in seiner Eigenart und in seinen besonderen Bindungen und Beziehungen. Seine persönliche Verantwortung für sein und seiner Umwelt Leben muß geweckt, gestärkt und ermöglicht werden. Sie kann letztlich durch keine über- und unpersönliche Institution vollgültig übernommen werden. Alle Bemühungen, persönliche Verantwortung auf unpersönliche Einrichtungen abzuwälzen oder staatliche bzw. gesellschaftliche Zuständigkeiten auf Kosten des persönlichen Lebensbereiches auszudehnen, sind durch verstärkte Bereitschaft zur unmittelbaren Übernahme persönlicher Verantwortung wirksam zu bekämpfen. Auch ein - etwa durch Staat oder Kommune - stellvertretend übernommener Dienst muß sich seiner auftragsweisen Betätigung ständig bewußt bleiben. Es muß Sorge getragen werden, daß die ursprünglichen und eigentlichen Verantwortungsträger an der Lösung der unpersönlichen Institutionen übertragenen Aufgaben angemessen und wirksam beteiligt werden. Wir rufen die evangelischen Eltern- und Lehrerschaft in die Verantwortung.
3. Die Verwirklichung der Elternverantwortung in evangelischer Sicht ist nur möglich, wenn die Eltern am Leben, an der Arbeit und der Verwaltung der Schule ihrer Kinder in vertrauensvoller, enger Zusammenarbeit mit den Lehrern tatsächlich verantwortlich beteiligt werden. Nur so kann die pädagogische Grundforderung verwirklicht werden, daß jede Schule ein lebendiger Organismus werden soll. Alle Bemühungen auf diesem Gebiet sollten in der Richtung auf eine echte Selbstverwaltung der einzelnen Schulen durch die Eltern und Lehrer hinzielen.

Nur so kann die wahre Freiheit des Lehrers als Erzieherpersönlichkeit gesichert werden.

4. Wir wehren uns gegen jede Nivellierung und Uniformierung der Schule, insbesondere gegen die Aufhebung der sachlich gebotenen und geschichtlich gewordenen Eigenständigkeit der einzelnen Schularten und Bildungswege. Besondere Aufmerksamkeit ist der Erziehungs- und Bildungsarbeit der Volksschule, ganz besonders auch auf dem Lande, zu schenken. Für eine abgeschlossene Volksschulbildung müssen besondere Berechtigungen gewährt werden.
5. Der Stand des Lehrers ist in seiner sozialen Stellung zu heben. Er muß die seiner Vorbildung und kulturellen Bedeutung entsprechende wirtschaftliche Sicherung, insbesondere eine gerechte Besoldung, erhalten. Darüber hinaus sollten die Gemeinden dafür Sorge tragen, daß durch den Bau von Lehrerwohnungen in ihren Schulbezirken die Verbundenheit von Lehrer und Gemeinde gefördert wird.
6. Wir evangelischen Politiker fordern in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz weitestgehende Förderung der Privatschulen, insbesondere ihre rechtliche und finanzielle Gleichstellung mit den öffentlichen Schulen. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die Privatschulen den Unterhaltsträgern öffentlicher Schulen finanzielle Lasten abnehmen und in der gegenwärtigen pädagogischen Situation als Beispielschulen wertvolle Pionierdienste leisten.

## II.

(zum Thema: „Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa“)

Mit der gesamten CDU/CSU bekennen wir uns gerade in diesem Augenblick zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem freien und geeinten Europa. Dieses Ziel wollen wir in Frieden erreichen. Das ist angesichts der Weltlage und insbesondere der Politik der Sowjetunion nur möglich durch unser gemeinsames Handeln mit der freien Welt.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben erneut die Richtigkeit dieser Politik bewiesen. Sie wird von immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes bejaht. Verneint wird sie nur noch von der parteipolitischen Opposition und von gewissen Gruppen, die besonders in evangelischen Kreisen den verführerischen Wunschtraum nähren, die Bundesrepublik könne jetzt eine Politik des Ausweichens und der Neutralität betreiben.

Hierzu erklären wir:

1. Das ist eine gefährliche Verkennung und Verharmlosung der Politik der Sowjetunion. Sie verstärkt seit 1945 ununterbrochen ihre Rüstung. Sie setzt immer noch ihre Hoffnung auf die Schwäche, die Uneinigkeit und den Zerfall der freien Welt. Durch eine Politik der Stärkung und Einigung des Westens muß der Sowjetunion bewiesen werden, daß diese ihre Erwartung falsch ist. Eine Politik der Neutralität leistet ihrer Spekulation Vorschub und verzögert dadurch die Wiedervereinigung.
2. Es ist eine Verkennung unserer eigenen Möglichkeiten, zu behaupten, daß wir unser Ziel der Wiedervereinigung ohne Freunde und Verbündete erreichen könnten. Neutralität der Bundesrepublik würde Abkehr vom Westen, den Verlust unserer Freunde und damit die Auslieferung an die Sowjetunion bedeuten. Die Wiedervereinigung in Freiheit ist ohne Unterstützung durch die freie Welt nicht zu verwirklichen.
3. Es ist eine Verkennung der Politik der Westmächte, anzunehmen, sie müßten unsere Freiheit unter allen Umständen verteidigen, auch wenn wir selbst nicht bereit sind, hierzu einen Beitrag zu leisten. Wir achten das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit aus christlicher Gewissensentscheidung. Wir machen aber mit allem Ernst darauf aufmerksam, daß ein solches Bekenntnis nur möglich ist, solange die Söhne der freien Völker für uns Waffen tragen. Im Machtbereich der Sowjetunion ist das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit Staatsverbrechen.
4. Es ist eine Verkennung der Wirklichkeit, zu behaupten, daß Unterlassung von Verteidigung den Frieden sichere. Die Behauptung, daß militärische Bereitschaft zwangsläufig zum Kriege führe, ist eine unverantwortliche Irreführung. Die Ver-

gangenheit lehrt, daß Nicht-rechtzeitige-Verteidigungsbereitschaft erst recht Kriege heraufführen kann. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft will keinen bewaffneten Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Der europäische Soldat der Zukunft soll nicht Schlachten gewinnen, sondern Kriege verhüten. Wir wollen als Schutzgemeinschaft der freien Völker einen Damm aufrichten, der dem kalten und heißen Krieg Einhalt gebietet und dadurch die unerläßliche Voraussetzung schafft für eine erfolgreiche Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands.

- Wir führen unsere Politik im Bewußtsein unserer ständigen Verantwortung für die Menschen in der Sowjetzone. Es ist nicht wahr, daß sich diese Menschen durch die Politik der europäischen Einigung und Verteidigung im Stich gelassen fühlen. Nirgends ist die Zustimmung zu dieser Politik größer als in der Sowjetzone. Nirgends ist die Ablehnung einer neutralistischen Politik entschiedener als dort. Unter dem zunehmenden Druck der Bolschewisierung auf allen Gebieten, der Vernichtung aller selbständigen Existenzen, der Verschärfung des sozialistischen Klassenkampfes und der Verfolgung der Christen erwartet die Sowjetzone ihre Befreiung einzig und allein durch den Zusammenschluß der freien Welt.

Wir wiederholen die dringende Bitte, die wir auf unserer vorjährigen Tagung in Siegen ausgesprochen haben: daß in den evangelischen Kirchen allen Versuchen gewehrt wird, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten durch eine unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Wir fordern, daß politische Fragen nüchtern und sachlich erörtert werden. Wenn das geschieht, wollen wir uns jederzeit unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott rufen lassen.

### III.

(zum Thema: „Das Verhältnis von politischen Parteien und Kirche“)

Wir stellen fest, daß die Übernahme eines politischen Auftrags im Rahmen der CDU/CSU die lebendige Zugehörigkeit zur Gemeinde Jesu Christi voraussetzt.

Wir legen Wert darauf, daß die Aufgaben von Kirche und politischen Parteien sorgfältig gegeneinander abgegrenzt werden.

Wir haben erkannt, daß jede politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betätigung im öffentlichen Leben von einem an Gottes Wort gebundenen Gewissen bestimmt sein sollte.

Wir erkennen an, daß die Träger eines kirchlichen Amtes wegen ihres seelsorgerlichen Auftrages an allen in der politischen Auseinandersetzung des Tages eine gewisse Zurückhaltung bewahren müssen. Diese Zurückhaltung entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung, sich über die Tatsachen zu unterrichten, die das politische Handeln bestimmen, persönlich am politischen Geschehen Anteil zu nehmen und Stellung zu beziehen. Dabei ist jedoch der Anschein zu vermeiden, als bedeute die persönliche Stellungnahme jeweils eine verbindliche Entscheidung der Kirche.

Wie jedes andere Gemeindeglied darf auch der christliche Politiker erwarten, daß die Kirche ihn in seiner politischen Verantwortung nicht im Stich läßt.

Die Zusammenarbeit der Konfessionen mit dem Ziel einer Stärkung der christlichen Verantwortung im politischen Leben Deutschlands liegt uns besonders am Herzen. Wir möchten sie weder durch überkommene Vorurteile, noch durch konfessionelle Engherzigkeit gefährdet sehen. Wir erklären aber nachdrücklich, daß durch die Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Raum die Konfessionsunterschiede weder beseitigt noch verharmlost werden sollen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ruft den gesamten evangelischen Volksteil aus seiner politischen Gleichgültigkeit heraus. Er will auch verhindern, daß die evangelischen Kräfte im politischen Bereich zersplittert werden. Damit wird zugleich die Behauptung widerlegt, die CDU/CSU sei eine einseitig katholische Partei.

In der redlichen Zusammenarbeit aller Christen sehen wir eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden in Freiheit.

WIE IST EINE ZUSAMMENARBEIT VON MITGLIEDERN DER EVANGELISCHEN UND DER KATHOLISCHEN KIRCHE IN DER POLITIK MÖGLICH?

Wir geben nachstehend die bereits in unserer 2. Ausgabe angekündigten, bedeutsamen Ausführungen wieder, die P r o b s t D. A s - m u s s e n D D am 28. März dieses Jahres in Rendsburg vor den Teilnehmern einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein zu diesem Thema machte.

Auf die mir gestellte Frage habe ich eine dreifache Antwort:

1. Eine Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen in der Politik ist möglich, wenn man sie wirklich will.

Sie können aus der Tatsache, wie sehr man in einer solchen Zusammenarbeit angefochten wird, entnehmen, für wie gefährlich sie unter mancherlei Gruppen in unserem Vaterland angesehen wird. Woher kommt es eigentlich, daß es niemand gibt - soweit ich bisher gehört habe -, der es Herrn Dr. Heinemann übelnimmt, daß er mit Helene Wessel zusammenarbeitet? Woher kommt es, daß es niemand gibt, der es dem Darmstädter Kreis, den Herren Niemöller und Mochalski, übelnimmt, daß sie seit Jahren bereits eine sehr einseitige Fühlungnahme zum Marxismus haben? Und ich meine, auch Marxismus sei bis zum heutigen Tage mindestens eine Weltanschauung. Beim Marx-Jubiläum haben wir allerdings mit Staunen vernommen, wie nahe die Vertreter des Marxismus diese Weltanschauung einer religiösen Überzeugung zugeordnet sehen. Ich meine also, wer sich nicht imponieren läßt, wer vielmehr durchschaut, daß die Polemik gegen diese Zusammenarbeit der beste Grund dafür ist, daß man sie weiterbetreibt, der muß diese Zusammenarbeit wollen und sie stützen.

2. Eine Zusammenarbeit ist möglich, wenn man die Schwierigkeiten sieht.

Herr Dr. Ehlers hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche doch manche Schwierigkeiten bestehen, die keineswegs behoben sind. Ich bin mit ihm absolut der Meinung, daß jeder Versuch, diese Schwierigkeiten naiv zu verkleinern, von Übel ist und das gegenteilige Ergebnis herbeiführt. Dabei muß ich aber zwei Einschränkungen machen: Wir haben es bei diesen Schwierigkeiten zu tun mit denjenigen Glaubens- und dogmatischen Gegensätzen, die sich zwischen der katholischen Kirche und der evangelisch-lutherischen K i r c h e finden, nicht aber mit den Schwierigkeiten, die zwischen der katholischen Kirche und einem wurzellos gewordenen L i b e r a l i s m u s vorhanden sind. Mir wird häufig gesagt, wir brauchten die Hilfe ganz bestimmter politischer Parteien, ja, es wird sogar behauptet, wir brauchten die Hilfe der SPD, um uns in der Freiheit der evangelischen Kirche nicht von der katholischen überfahren zu lassen. Hierzu ist zu sagen: Was zwischen der katholischen und der lutherischen Kirche zu bereinigen ist, das wissen wir selber. Wir bitten darum, daß man die Dinge nicht dadurch erschwert, daß man sich als Patenonkel dieser oder jener Kirche aufspielt. Was zwischen Rom und Wittenberg zu bereinigen ist, daß bereinigen wir selbst. Und darum muß denjenigen energisch widersprochen werden, die so tun, als ob Europa zerfiele in einen katholisch-konservativen und einen evangelisch-sozialistischen Teil. Die Dinge sind uns in

Schleswig-Holstein dadurch merkwürdig nahe gerückt, als gar nicht in Zweifel gezogen werden kann, in welchem starkem Maße unsere „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hier demselben Gedanken huldigt und ihn propagiert. Wir können nur sagen: Bitte, haltet die Finger davon! Das machen wir selbst. Wenn ich Ihnen erzählen würde, mit welchem Ernst, mit welcher Vorsicht und mit welcher Offenheit zwischen den Kirchen gesprochen wird, dann, so denke ich mir, könnte Sie das nur erfreuen. Daß wir das nicht über das Radio tun, wird Sie nicht weiter wundernehmen. Es ist also zu sagen: Wenn sich evangelische Christen darum Sorge machen, ob ihre Pastoren auch bekenntnistreu sind, dann ist das eine sehr schöne Sache. Wenn aber eine politische Partei oder deren Vertreter an der Bekenntnistreue der evangelischen Pastoren interessiert sind, um dadurch politische Geschäfte zu machen, dann sagen wir: Das verbitten wir uns! Wir sehen also die Schwierigkeiten; und wer sie nicht sieht, soll nicht an der Zusammenarbeit katholischer und evangelischer Christen in der Politik interessiert sein.

### 3. Zusammenarbeit ist dadurch möglich, daß man christliche Politik treibt.

Ja, ich habe gesagt: christliche Politik, denn es gibt nicht nur Christen und Unchristen, sondern es gibt auch christliche Ordnungen und unchristliche Ordnungen und eine Reihe von Ordnungen, von denen man sagen kann, es ist zweifelhaft, auf welche Seite sie gehören.

Über christliche Politik möchte ich vierfach thesenartig so sprechen:

Christliche Politik ist – negativ gesehen – immer und unter allen Umständen eine nichtkommunistische Politik.

Es gehört zu den schwersten Zerfallerscheinungen, daß es in Westdeutschland Christen und Unchristen gibt, die in offener oder versteckter Form unter dem Motto: „Gerechtigkeit für den Menschen“ mit dem Kommunismus paktieren. Meistens sind es Intellektuelle, leider sind es im Laufe der letzten Jahre auch Vertreter der evangelischen Kirche. So ist christliche Politik nicht möglich.

Christliche Politik ist dadurch möglich, daß Recht geschieht und daß man für den Schwachen eintritt.

Wir brauchen in Deutschland eigentlich nicht mehr Anschauungsunterricht darüber, wer unter uns der Schwache ist, denn der Schwächste sollte jeweils derjenige sein, auf den wir unser Hauptaugenmerk richten. Und der Schwächste ist nun einmal heute unter uns der Flüchtling. Es gibt einen alten Rechtsgrundsatz, der lautet, daß in Zweifelsfällen für den Angeklagten zu entscheiden sei. Ich möchte diesen Rechtsgrundsatz so abwandeln und glaube, dann ist er besonders christlich: In Fällen, bei denen zweifelhaft ist, was in der Politik recht ist, ist immer das recht, was den Schwächsten am meisten stützt.

Es kann aber Recht unter Menschen nur dann geschehen, wenn es durchsichtig erbaut ist auf der Offenbarung Gottes.

Es lassen sich viele Menschen täuschen durch schöne und fromm klingende Parolen, ja, es gibt sogar Christen, die um dieser Parolen willen bereit sind, illusionäre Politik

zu treiben. Lassen Sie das uns gegenseitig einhämmern: Es gibt weder im Sektor der Außenpolitik, noch im Sektor des sozialen Aufbaues, noch im Sektor der Wirtschaft eine überallhin reichende Gerechtigkeit unter Absehung von Gott und seiner Offenbarung. Was abgesehen von Gott, ja, was vielleicht sogar in Ablehnung Gottes so genannt wird, das ist vom Teufel.

Christliche Politik besteht darin, daß man Gebrauch davon macht, die Dinge dieser Welt zu heiligen durch Gottes Wort, Sakrament und Gebet.

Wir Geistlichen müssen uns sicher sehr große Vorwürfe machen, daß es uns nicht besser gelungen ist, deutlich zu machen, daß das Einkaufen der Frau auf dem Wochenmarkt, die Arbeit des Bauern auf dem Feld, das Arbeiten auf der Howaldt-Werft, die Arbeit an der Börse zu tun haben mit den Mysterien und Geheimnissen unseres Glaubens. Diese Dinge werden gewandelt zum Besseren, wenn unter uns die Geheimnisse unseres Glaubens, die wir bekennen, wirklich gelehrt, bezeugt und ernst genommen werden. Es hat nämlich diese Welt trotz des in Aussicht stehenden Jüngsten Tages eine Zukunft, weil Gott sie noch nicht verworfen hat. Noch steht der Regenbogen über ihr, und also haben wir noch ein Recht, daran zu arbeiten, daß alles besser wird.

Wir sind keine Idealisten, die meinen, man solle nur einem großen Ziel zustreben. Diejenigen, die darauf hinweisen, wie notwendig im politischen Handeln der Kompromiß ist, haben ganz recht. Wir müssen dankbar sein, wenn es unserer Regierung gelingt, Schritt für Schritt, Millimeter um Millimeter die Dinge zu bessern, und müssen doch dabei wissen, wieviel Kritik an dieser Arbeit noch nötig ist. Aber es gibt ja auch, oder es sollte sie doch zumindest – und besonders unter Christen – geben, eine Freudigkeit: so Kritik zu üben, daß man gehört wird, und, wenn man Kritik hört, sie auch anzunehmen.

Ich meine, wenn diese vier Gesichtspunkte beachtet werden, dann gibt es christliche P o l i t i k und nicht nur christliche P o l i t i k e r. Was ich gesagt habe, habe ich gesagt als Christ, aber auch als Christ, der durch Gottes Barmherzigkeit ein Amt in der Kirche bekommen hat. Ich habe es nicht im Auftrage meiner Kirchenleitung getan, aber ich habe es getan, weil ich überzeugt bin, es mir selber und meinem Amt schuldig zu sein, dies zu sagen. Und darum nehmen Sie mir vielleicht eine Schlußbemerkung nicht übel: Ich möchte nämlich allen denen, die im politischen Leben stehen, Mut machen. Unsere Zeit ist nicht sehr reich an politischen Ideen. Die größte – mindestens in Deutschland, wahrscheinlich aber überhaupt auf der Welt – ist die These:

Es ist möglich und nötig, daß katholische und evangelische Christen gemeinsam Politik machen.

Und glauben Sie mir bitte, im Blick auf die letzten acht Jahre läßt sich ohne Übertreibung sagen: Auf diesem Wege haben wir einige beachtliche Schritte getan. Möge es uns geschenkt sein, zu erkennen, daß die Opposition gegen diesen gemeinsamen Weg der beste Beweis für seine Notwendigkeit ist. Und möge es uns dann gegeben werden, nüchtern und Schritt für Schritt weiter vorwärts zu gehen.

BUNDESTAGSPRÄSIDENT D.DR. HERMANN EHLERS IN RENDSBURG AM 28. MÄRZ 1953:

„... Dieses politische Zusammenwirken der Konfessionen bedeutet nicht, daß wir damit die Unterschiede im Glauben beheben wollen. Die Unterschiede im Glauben werden auf einer anderen Ebene vielleicht einmal überwunden werden, aber jedenfalls nicht durch eine politische Partei. Aber wir erinnern uns hoffentlich immer wieder, daß wir uns im Kirchenkampf als evangelische und katholische Christen begegneten, als wir beide genötigt waren, unseren Glauben so ernst zu nehmen, wie lange Jahrhunderte vorher nicht. In diesem Augenblick, als wir zurückfanden zu den Fundamenten unseres Glaubens, sind wir uns plötzlich begegnet, und es hat sich gezeigt, was wir eigentlich schon vorher hätten wissen sollen: daß die liberalistische Verflachung des Glaubens niemals ein Weg zueinander ist, sondern ein Weg, der die Menschen auseinander bringt. Wir sind zusammengekommen und zusammengedrückt, als wir genötigt waren, den Glauben ganz ernst zu nehmen; und ich meine, daß wir das Vermächtnis dieser bitteren Zeit wahren sollten.“

U N S   W I R D   G E S C H R I E B E N

Die Flüchtlingsjugend aus der Sowjetzone – eine evangelische Verantwortung

Die drei Briefe jugendlicher Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone, die in dem Beitrag „Unsere Verantwortung für die Flüchtlingsjugend“ (EVANGELISCHE VERANTWORTUNG Nr. 2/S. 11) wiedergegeben wurden, sind in ihrem Inhalt typisch und könnten nicht zeh-, sondern hundertfach belegt werden.

Die Jugend, die im Westen Zuflucht suchte, ist seelisch erschüttert und zum Teil auch moralisch ins Wanken geraten, weniger durch ihre Erfahrungen in der Sowjetzone und nicht durch den Zonenwechsel, sondern zumeist durch die bitteren Enttäuschungen, die sie hier im Westen erlebt. Mit der Notaufnahme in das Bundesgebiet und mit der Zuweisung eines ersten Arbeitsplatzes erscheinen den Behörden ihre Aufgaben an dieser Jugend „erledigt“. Für die Jugendlichen selbst beginnt dann aber erst die Tragik: Von ihrem Elternhaus und Freundeskreis getrennt, fanden und finden sie im Westen keinen echten Anschluß, keine Hilfsbereitschaft, keine warme, wirklich herzliche Aufnahme. Häufig stoßen sie auf Vorurteile und nur zu oft auf das Bestreben, sie als billige Kräfte für Arbeiten auszunutzen, zu denen sich westdeutsche Jugendliche nicht hergeben.

Sie wuchsen in der Sowjetzone unter anderen Verhältnissen und in einer dem Westen wesensverschiedenen Ideenwelt auf. Leider gönnte man ihnen bisher aus fiskalischen Gründen bei uns nicht die notwendige Zeit der Eingewöhnung, und so mußten viele von ihnen scheitern, da sie den ungewohnten Anforderungen naturgemäß nicht gewachsen sein konnten. Enttäuschung und Verzweiflung trieben eine erschütternd hohe Zahl von Jugendlichen zur Meldung für die Fremdenlegion. Nach den Feststellungen der Wochenzeitung „Christ und Welt“ waren es im Jahre 1951 über 50 000. Auch der dritte der oben

zitierten Briefe entspricht also leider der Wirklichkeit. Viele Briefe ähnlichen Inhalts könnten vorgelegt werden. - Unsere Schuld!

Unsere katholischen Glaubensbrüder haben ihre Aufgabe gegenüber der katholischen Flüchtlingsjugend - rechtzeitig planend - weitgehend gelöst. Ihren Jugendlichen ermöglichen sie erfreulicherweise, sobald diese in den Westen kommen, eine umgehende Fortsetzung ihrer Ausbildung (Lehrzeit, Schule oder Studium). Die Vorbereitung für die Aufnahme in Pflege- bzw. Internatsstellen wird dabei häufig schon bei der Ankunft der jungen Menschen in den Berliner Auffanglagern getroffen.

Dagegen wird der weitaus größte Teil der evangelischen Jugendlichen - ganz gleich ob Lehrling, Oberschüler oder Student - nach dem Zonenwechsel auf das Niveau des ungelernten Hilfsarbeiters herabgedrückt. Der junge evangelische Flüchtling mußte sich bisher in seiner Mehrheit durch monatelange Arbeit in Landwirtschaft, Bergbau, Steinbrüchen usw. die Mittel nicht nur für die Fortsetzung seiner Ausbildung, sondern auch für die notwendigste Kleidung und Ausstattung verdienen. Viele waren auf Grund psychischer und physischer Erschöpfung dann nicht mehr in der Lage, sich wieder zu einem ihnen gemäßen Niveau heraufzuarbeiten.

Nachdem nun auch zahlreiche Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ sich drüben nicht mehr halten konnten - ein Regierungserlaß der DDR verwehrte bis zu seinem Widerruf in diesen Tagen den von der Oberschule entfernten jungen Christen sogar jede Lehrstelle -, verlangt dieses Problem immer mehr die Aufmerksamkeit der evangelischen Öffentlichkeit. Aus amtlichen Kreisen wurde bekannt, daß den meisten dieser zu uns nach dem Westen gekommenen Schüler „mangels Klassenraum und mangels internatsmäßiger Unterbringungsmöglichkeiten die erforderliche schulische Hilfe bisher versagt bleiben mußte“. Allein in Espelkamp wurden wegen Überfüllung in den letzten Wochen über 60, in Bethel jedoch täglich 4-6 Schüler abgewiesen, und in den Jugendgemeinschaftswerken des Landes Baden-Württemberg warten beispielsweise zur Zeit über 100 Oberschüler auf die Chance, ihre Schulausbildung fortsetzen zu dürfen. Die Aufzählung könnte beliebig erweitert werden und betrifft fast ausschließlich Jugendliche evangelischer Konfession.

Diese Diskrepanz findet ihre Erklärung hauptsächlich in der Tatsache, daß rund 80-85% der Flüchtlinge aus der Sowjetzone Protestanten sind und der evangelische Lebensraum im Westen demgegenüber beschränkt ist. Das zeigen schon für die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch die Berichte des Statistischen Bundesamtes vom 18. 1. 1952 über die Volkszählung vom 13. 9. 1950:

Von der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes entfielen 51,1% auf den evangelischen und 45,2% auf den katholischen Volksteil. Eine Aufgliederung ergab dabei folgendes Bild:

	<u>Protestanten</u>	<u>Katholiken</u>
Einheimische	49,7%	46,4%
Heimatvertriebene	52,3%	45,3%
Zugewanderte (vorwiegend a. d. Sowjetzone)	76,8%	16,1%

Die Zuwanderung in die Bundesrepublik besteht zur Zeit fast ausschließlich aus Sowjetzonenflüchtlingen und zeigt heute noch weit stärker, daß von der nationalen Not in der Hauptsache evangelische Volksteile betroffen sind. Denn in den Monaten Januar-Mai 1953 waren von den Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone 82,8% evangelisch und 12,3% katholisch. Das Anwachsen des evangelischen Anteils - bei der Jugend liegt der Prozentsatz sogar noch höher - erklärt sich aus dem Terror, der in der Sowjetzone die Kernländer der Reformation erfaßte und schließlich auch die bodenständige bäuerliche Bevölkerung zur Flucht zwang.

Bei der Betrachtung vorstehender Zahlen setzt in Erstaunen, daß zur Verfügung stehende Mittel, besonders für die Flüchtlingsjugend, aber auch für Aufgaben der Bahnhofsmission usw., auf die konfessionellen Verbände nicht nach dem sich jetzt ergebenden Verhältnis 8,5 : 1,5, sondern häufig noch bis zu einem Verhältnis von 1 : 1 aufgeteilt werden. Hieraus erwachsen für die Finanzierung der Hilfsmaßnahmen von evangelischer Seite natürlich Schwierigkeiten. Auch unsere katholischen Freunde werden mit uns übereinstimmen, daß es keine Unterschiede bei der Unterstützung der Flüchtlinge, in Sonderheit der Jugendlichen, geben dürfte. Damit den dafür verantwortlichen Stellen, denen die genannten Zahlenverhältnisse vielleicht nicht bekannt sind, keine Benachteiligungsabsicht unterstellt werden kann, sollte hier eine baldige Änderung getroffen werden.

Angesichts der erschütternden Lage unserer Flüchtlingsjugend gilt es allgemein für Bundes- und Länderbehörden, mit unbürokratischer Schnelligkeit zu handeln; und es ist Aufgabe der Öffentlichkeit, darüber zu wachen, daß auch die schon seit längerer Zeit im Westen benachteiligt lebende Flüchtlingsjugend - besonders auch die der alten Heimatvertriebenen - endlich in eine geeignete Ausbildung kommt.

Die Voraussetzungen zur Finanzierung der Ausbildung schaffen - neben den Bestimmungen der Soforthilfe- und der Lastenausgleichsgesetzgebung, des Heimkehrergesetzes, des Bundesjugendplans usw. - für die Flüchtlingsjugend aus der Sowjetzone u. a. nachstehende Erlasse bzw. Richtlinien:

- a) für Lehrlinge - Erlaß der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 4.3.1953 (Übernahme der Kosten für die Teilnahme von Jugendlichen an Grundausbildungslehrgängen und an der Ausbildung in Gemeinnützigen Lehrwerkstätten);
- b) für Oberschüler - Gemeinsame Erlasse des Bundesministers des Innern und des Bundesministers der Finanzen vom 23.7.1951 und 3.3.1953 (Betreuung aus Mitteln der Kriegsfolgenhilfe);
- c) für Studenten - Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 23./24.1., 13.4. und 17.4.1953 (Anerkennung der Reifezeugnisse, finanzielle Sicherung und Erlaß der Studiengebühren).

Die genannten Bestimmungen, die hoffentlich bald Ergänzungen erfahren, sind leider nicht überall bekannt, so daß die Jugendlichen auch bei amtlichen Stellen nicht immer eine klare Auskunft bekommen und vielfach sogar hingehalten bzw. auf die Zukunft ver-

tröstet werden. Darum ist es angebracht, auf breiter Basis auf diese und ähnliche Bestimmungen hinzuweisen, die bisher noch nirgends zusammengefaßt worden sind und deren Ausführung in den Ländern unterschiedlich gehandhabt wird.

Erfreulicherweise hat die Bundesregierung auf Grund eines Antrags fast aller Parteien „Über die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der aus der Sowjetzone geflüchteten Jugend“ (Bundestagsdrucksache 4328) die Initiative ergriffen, und es ist zu hoffen, daß die beabsichtigten und notwendigen Maßnahmen nicht zu spät kommen werden.

Diese Zeilen sollen aber auch das Verantwortungsbewußtsein jedes Einzelnen ansprechen, denn das Bekenntnis zu Gesamtdeutschland verpflichtet nicht nur die Behörden, sondern vor allem jeden Deutschen persönlich.

Dazu läßt auch die beste behördliche Hilfe den jungen Flüchtling in seiner inneren Not und Einsamkeit allein. Für ihn ist das Wichtigste die Herzlichkeit, mit der wir in evangelischer Verantwortung den jungen Menschen bei uns aufnehmen – als Kind unserer Brüder und Schwestern, die sich bemühen, im Osten auszuhalten. (Sollten wir an menschlicher Wärme so viel ärmer sein als unsere katholischen Glaubensbrüder, bei denen jeder jugendliche Flüchtling einen seelischen Halt findet und nicht in seiner Einsamkeit zu verzweifeln braucht?) Für uns evangelische Christen – als Einzelne, als Gemeinde, in der Jugendgruppe und im Betrieb – sollten die Losungen des Kirchentages gelten: „Rettet den Menschen – Wir sind doch Brüder!“

Gustav-Adolf Oelsner, Bonn

(Die Aussprache über dieses Thema wird mit weiteren Zuschriften in der nächsten Ausgabe fortgesetzt. Die Red.)

---